

Grotewohl, abgegebenen Regierungserklärung einstimmig beschlossen, der westdeutschen Regierung u. a. eine Vereinbarung des Inhalts vorzuschlagen, daß beide deutschen Staaten auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verzichten sollen. Die Annahme dieses Vorschlages würde auch alle Gewissensnöte von Kriegsdienstverweigerern mit einem Schlage beseitigen.“

### 19. 6.1956

In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der italienischen Zeitung „Avanti“ erklärte Ministerpräsident Otto Grotewohl, die Abrüstung würde unzweifelhaft die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern. Dagegen würden durch die Einführung der Wehrpflicht und den Aufbau eines westdeutschen 500 000-Mann-Heeres neue Barrieren gegen die Wiedervereinigung entstehen. Eine positive Antwort Adenauers auf die Vorschläge Bulganins zur Verringerung bzw. zum völligen Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland würde die Beteuerungen der Bonner Regierung, daß sie die Wiedervereinigung anstrebt, glaubhafter erscheinen lassen als die Haltung, die sie gegenwärtig an den Tag legt.

### 29. 8.1956

Im Verlauf der Aussprache auf der 14. Sitzung der Volkskammer beantwortete der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, eine Anfrage des Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer Heinrich Homann:

„Die nationalen Interessen unseres Volkes und Vaterlandes, die Sache des Friedens und der Wiedervereinigung erfordern:

1. Begrenzung der bewaffneten Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands. Es sollte vereinbart werden, daß die Auffüllung für bewaffnete Streitkräfte nur auf freiwilliger Grundlage erfolgen darf. Bei der Wiedervereinigung Deutschlands soll Deutschland zur Zone der beschränkten Rüstungen gehören. Die deutsche Armee könnte, sagen wir, etwa 200 000 Mann zählen.
2. Entfernung der Hitlergenerale und anderer Revanchisten aus dem Staatsapparat und aus der Armee. Die Rüstungsmonopole, deren Besitzer die Träger der Revanchepolitik und des Faschismus sind, sollen nationalisiert werden.
3. Schrittweise Zurückziehung der ausländischen Truppen aus Deutschland.
4. Aufhebung des Verbots der KPD. Verbot aller militaristischen Organisationen und Verbände.